

Berichtigung zum stenographischen Protokolle über die 2. Sitzung des steiermärkischen Landtages: Auf Seite 18 ist in der 34. Zeile der ersten Spalte statt des Namens „**Albert Stiger**“ zu setzen richtig der Name „**Franz Stieg**“.

Stenographisches Protokoll

über die

3. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 21. Oktober 1905.

Inhalt:

Mandatsniederlegung des Abg. Hans Pengg Edlen von Nuheim.

Abwesenheitsanzeigen.

Auflage.

Begründung des Antrages der Abgeordneten Rezel und Dr. Schacherl, betreffend die Aufforderung an die Regierung wegen Einbringung eines Antrages auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Reichsrat. (Beilage Nr. 34. — Zuweisung an den politischen Ausschuß.)

Wahl eines aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden politischen Ausschusses;

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 8 in der Raubergasse in Graz (Sedauerhof) (Beilage Nr. 21);
2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die demselben in der II. Session zugewiesenen Petitionen:
 - a) Nr. 68 des Oberlehrers Johann Greiner um Dienstzeiteinrechnung;
 - b) Nr. 161 des Oberlehrers Alois Puschnigg um Dienstzeiteinrechnung;
 - c) Nr. 69 der Lehrerin Olga Schwagel, geborene Fabiani, um Dienstzeiteinrechnung; ferner über die in der I. Session zugewiesene Petition
 - d) Nr. 119 des Lehrers Anton Span um Nachsicht einer Dienstesunterbrechung;
 - e) über das Ansuchen des Lehrer-Supplenten Franz Skofič in St. Barbara bei Marburg um eine gnadenweise Pension und
 - f) über die Eingabe des Bezirksschulrates Mariazell um Erwirkung einer gnadenweisen Pension für den provisorischen Lehrer an der Expositur in Walfstern, Karl Vogner (Beilage Nr. 22);

3. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Antrag der Abgeordneten Dr. Furtela und Genossen wegen Subventionierung der slowenischen Studentenküche in Gilt (Beilage Nr. 23);

4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das ärztliche Personale an der Landes-Irrenanstalt Feldhof (Beilage Nr. 24);

5. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Bezüge der Beamten an der Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheil-Anstalt in Graz (Beilage Nr. 25); an den Finanz-Ausschuß;

6. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des vom steiermärkischen Landtage in der Sitzung vom 9. November 1904 beschlossenen Jagdgesetzentwurfes. (Beilage Nr. 31 — an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.)

Antrag der Abg. Brandl und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch Hagelschlag in den Gemeinden Mitterlobming und Reischstraße heimgesuchten Besitzer.

Antrag der Abg. Brandl und Genossen, betreffend die Verbaumung des Bölsflusses.

Antrag der Abg. Dr. Floj, Dr. Furtela und Genossen, betreffend die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die Bezirke Rohitsch und St. Marcin bei Erlachstein.

Interpellation der Abg. Gerlig und Genossen an den Statthalter, betreffend den Waggonmangel auf der Bahnstrecke Fehring—Friedberg.

Interpellation der Abg. Bošnjak und Genossen an den Statthalter, betreffend die Subventionierung der gewerblichen Fortbildungsschule in Schönstein.

Interpellation der Abg. Freiherr von Rokitsansky, Daniel und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Rainachregulierung.

Interpellation der Abg. Daniel und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend den Bau der Straße von Frohnleiten nach Passail.

Interpellation der Abg. Zedlacher und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Schutzimpfung gegen den Schweinerotlauf.

Interpellation der Abg. Zedlacher und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Verbaumung des Ranten-, Katz-, Hinteregg-, Wölz-, Hör- und Disabaches.

Interpellation der Abg. Stieg und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Regulierung und Verbaumung des Ennsflusses von der Spangerbrücke bis Haus.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 15 Minuten vor-mittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erz. Edmund Graf Uttems.

Schriftführer: Der Abgeordnete Vinzenz Capra.

Von Seite der Regierung anwesend: Se. Erz. Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von Seite des Präsidiums der Handels- und Gewerbekammer Leoben ist mir die Mitteilung gekommen, daß in einem an die Handelskammer Leoben gerichteten Schreiben der Herr Gewerke Hans Pennig Edler von Nuheim, der von der Kammer in den hohen steiermärkischen Landtag gewählt wurde, sein Mandat zurückgelegt hat. Ich werde diese mir zugekommene Mitteilung an Se. Erz. den Herrn Statthalter leiten mit der Bitte, für die baldigste Wiederbesetzung dieses Mandates die notwendigen Einleitungen zu treffen.

Von Seite des Herrn Abg. Holzer ist mir die telegraphische Mitteilung gekommen, daß er wegen Erkrankung an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Desgleichen hat der Herr Abg. Klammer mir mitgeteilt, daß er wegen eines in seiner Familie vorgekommenen Trauerfalles verhindert ist, sich an der heutigen Sitzung zu beteiligen.

Aufgelegt wurde heute:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen von Insassen der Katastralgemeinden Mitterdorf und Lutscham um Ausscheidung dieser beiden Katastralgemeinden aus dem Gebiete der Ortsgemeinde Wartberg und Konstituierung als selbständige Ortsgemeinde. (Beilage Nr. 40.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einführung von Kursen über landwirtschaftliche Tierheilkunde. (Beilage Nr. 41.)

Antrag der Abgeordneten Bastian und Genossen in Betreff der Erwirkung des Öffentlichkeitsrechtes für die Landes-Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Marburg. (Beilage Nr. 42.)

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Hagenhofer, Berger und Genossen, betreffend Gewährung von Notstandsunterstützungen an Gemeinden und Grundbesitzer in den politischen Bezirken Hartberg, Weiz, Gröbming, Liezen und Mürzzuschlag. (Beilage Nr. 43.)

Antrag der Abgeordneten Kurz und Genossen, betreffend Gewährung einer Notstandsunterstützung für den Bezirk Stainz. (Beilage Nr. 44.)

Antrag der Abgeordneten Drnig und Genossen, betreffend die Drauregulierung. (Beilage Nr. 45.)

Antrag der Abgeordneten Zedlacher und Genossen, betreffend die Unterstützung der infolge von Elementarereignissen in Notlage geratenen Besitzer des Bezirkes Murau. (Beilage Nr. 46.)

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Der erste Gegenstand derselben ist die **Begründung des Antrages der Abgeordneten Kessel und Dr. Schacherl, betreffend die Aufforderung an die Regierung wegen Einbringung eines Antrages auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Reichsrat** (Beilage Nr. 34.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Kessel** (N. B. Graz): Meine Herren, hoher Landtag! Ich glaube, es wäre eine Beleidigung der Mitglieder des hohen Hauses, wenn ich Ihnen zumuten würde, daß Sie glauben, daß der vorliegende Antrag von uns bloß als ein Demonstrationsantrag gestellt ist. Die mächtige Bewegung nach dem gleichen Wahlrechte, die sich in Österreich, soweit sie die arbeitende Bevölkerung betrifft, von Nord bis Süd, von Ost bis West erstreckt, die uns in Prag und Brünn solche Massen auf den Straßen gezeigt hat, die um ihr gleiches Recht demonstrierten, zeigt uns auch, daß die Bewegung eine allumfassende ist. Sie hat heute nicht bloß die arbeitende Bevölkerung erfaßt, sondern auch weite andere Kreise. Ich verweise nur auf die Verhandlungen im Parlamente, über die Dringlichkeits-Anträge wegen Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Es hat sich im Parlament für diese Anträge eine Mehrheit gefunden. 155 Abgeordnete haben dafür, dagegen bloß 114 gestimmt. Das heißt, das Parlament hat sich mit einer Mehrheit von 41 Stimmen für den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ausgesprochen. Wenn man aber nicht die Abgeordneten allein zählt, sondern wenn man zählt, welche Zahl von Wählern durch jene vertreten wird, die für die Wahlrechtsanträge gestimmt haben, so ergibt sich ein bedeutend anderes Resultat für das gleiche Wahlrecht.

Nach Wählern gerechnet, vertreten die 155 Abgeordneten, die im Parlamente für das allgemeine, gleiche Wahlrecht gestimmt haben, 3,336.000 Wähler, wohingegen die 114, die gegen die Einführung des Wahlrechtes, nämlich gegen eine Änderung desselben, gestimmt haben, bloß eine Wählerzahl von 969.000 vertreten.

Es ergibt dies eine Stimmenmehrheit nach Wählern, von 2·3 Millionen. Das kommt davon, weil die Hälfte jener, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, Vertreter des Großgrundbesitzes sind, die bekanntermaßen nur eine ganz minimale Zahl von Wählern im Abgeordnetenhaufe vertreten.

Nach diesem Abstimmungsresultate und im Hinblick auf die große Bewegung, die sich der arbeitenden Bevölkerung bemächtigte, welche überall nicht bloß durch Demonstrationen, sondern auch durch Hunderte von Versammlungen zum Ausdruck gekommen ist, muß zugestanden werden, daß die jetzige Bewegung nach dem gleichen Wahlrecht eine elementare ist. Wir Sozialdemokraten führen den Kampf um das gleiche Wahlrecht, solange wir überhaupt als Partei bestehen. Dieser Kampf hat einen Ruhepunkt gefunden durch die Einführung der heute bestehenden allgemeinen Wählerklasse, der V. Kurie. Er hat aber bald nachher wieder eingesetzt, wenn auch nicht mit der Macht und Kraft, wie ursprünglich, vor Einführung der V. Kurie. Wir selbst hätten es uns vor wenigen Monaten nicht träumen lassen, daß eine derartig mächtige Wahlrechtsbewegung zu entstehen vermag. Wir wußten, daß im allgemeinen unter der Bevölkerung überhaupt eine Animosität gegen unseren Reichsrat, gegen unser Abgeordnetenhaus besteht, aber wir ahnten nicht, daß diese Animosität bereits in den Köpfen Tausender und Abertausender den Entschluß gereift hat, gegebenen Augenblicks mit aller Macht und aller Kraft für die Änderung des heutigen Wahlrechtes einzutreten.

Die Animosität gegen unser derzeitiges Abgeordnetenhaus ist eine allgemeine. Sie ist aber auch begreiflich, weil sich der Staat, trotz der patriotischen Phrasen von unserem großen Vaterlande, von dem hehren Österreich, im Niedergange, im Verfall befindet.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich stocket seit langem und ich glaube, jedem muß es auffallen, daß, während im Deutschen Reiche draußen sich eine rührige Entwicklung vollzieht, bei uns in Österreich aller Handel und Wandel und alles Geschäftsleben immer mehr und mehr in Stillstand gerät.

Es weisen uns auch die Steuerziffern aus, daß in den letzten sechs Jahren von einer Entwicklung bei uns absolut keine Rede sein kann. Es zeigt das am besten die allgemeine Erwerbsteuer. Sie ist seit sechs Jahren um nicht mehr als 3·5 Millionen gestiegen. Soweit die Steuern überhaupt gestiegen sind, ist es mehr der Anwendung des größeren Fiskalismus zuzuschreiben auf dem Gebiete der Steuereinschätzung, als der Entwicklung des wirtschaftlichen, gewerblichen und

industriellen Lebens. Wir finden dasselbe auch bei der Betrachtung der Steigerung der indirekten Steuern. Wenn wir die in der letzten Zeit vorgenommene Erhöhung der indirekten Steuern wegrechnen, finden wir trotz der Steigerung der Bevölkerung keine gleichmäßige Steigerung der indirekten Steuern. Soweit sie gestiegen sind, handelt es sich nur um die Erhöhung dieser Steuern, aber nicht um die naturgemäße Steigerung derselben.

Außerdem aber sehen wir, daß eine allgemeine Teuerung der Lebensmittel eingetreten ist. Wir wissen auch, daß unsere Handelsverhältnisse derart unsicher sind, daß selbst, wenn unsere Industriellen über etwas mehr Unternehmungsgeist verfügen würden, es ausgeschlossen erscheinen müßte, sich in der jetzigen Zeit in besondere Unternehmungen einzulassen. Die Handelsverträge mit dem Auslande hängen in der Luft und ein Ausgleich mit Ungarn besteht nur auf Grund des § 14. Und es ist bei der derzeitigen Krise in Ungarn ganz unabsehbar, ob es überhaupt wieder einmal zu einem Ausgleiche, wie es der bisherige war, kommt. Wir wissen aber auch, daß die Kosten, wenn es zu einer Ausöhnung zwischen der Krone und der ungarischen Parlamentsmehrheit kommen könnte, wieder nur Österreich zu tragen hätte.

Das Parlament, nämlich unser österreichisches Abgeordnetenhaus, war bisher nicht im allermindesten bestrebt, die Interessen der Völker Österreichs gegenüber Ungarn zu wahren.

Bei jedem neuen Abschlusse eines Ausgleiches sind immer wieder weitere Interessen der österreichischen Bevölkerung preisgegeben worden. Ich habe mir eine kleine Rechnung zusammengestellt, was der Ausgleich mit Ungarn, was die Gemeinsamkeit mit Ungarn Österreich bis nun gekostet hat. Ich komme zum Schlusse, daß Österreich zum mindesten 3000 Millionen Kronen seit Abschluß des ersten Ausgleiches mehr gezahlt hat, als es nach der Bevölkerungsziffer zu zahlen gehabt hätte. Die erste Schädigung ist eingetreten bei Abschluß des ersten Ausgleiches. Damals wurde bekanntlich die Staatsschuld nicht nach den Bevölkerungsziffern, ja nicht einmal nach dem prozentuellen Beitragsverhältnis, zu dem sich Ungarn verpflichtet hat, aufgeteilt. Wenn wir die Mehrausgaben, die Österreich dadurch aufgelastet wurden, berechnen, so kommen wir zum Schlusse, daß sie bisher bei der Staatsschuld allein 1000 Mill. Kronen betragen. Die Zollaussgaben wurden als eine gemeinsame Ausgabe erklärt; sie entfallen auf Ungarn nach der Zahl der Bevölkerung, nach der Zahl der Rekruten, die gestellt werden, obwohl Ungarn bloß 18%, heute nicht ganz 20% von jenen Waren be-

zieht, die an der Grenze verzollt werden, die nach Österreich-Ungarn eingeführt werden. Es ist das nach einer gewiß nicht rigorosen Berechnung eine bisherige Schädigung Österreichs von 700 Millionen Kronen. Die Beitragsquote, die heute 34,4% beträgt, entspricht nicht der Bevölkerungsziffer. Ungarn hat heute nach der letzten Volkszählung mehr als 42% Soldaten zu der gemeinsamen Armee zu stellen. Es zahlt aber, wie gesagt, nur 34% der Kosten.

Wenn wir die Mehrausgaben, die Österreich für einen Teil der ungarischen Soldaten bisher leisten mußte, zusammenrechnen, so kommt wieder eine Summe von 1000 Millionen Kronen heraus.

Das ist noch nicht alles. Ich verweise nur darauf, wie Österreich bei der Aufteilung der 80 Millionen Kronen-Schuld behandelt wurde.

Ich verweise darauf, daß erst in jüngster Zeit den Ungarn neue Zugeständnisse infolge Überweisung der Steuern für Bier, Petroleum, Zucker gegeben wurden.

Ich verweise weiter auf die Vorteile, die gegeben wurden in der Gestalt des Anteiles an die Österreichisch-Ungarische Bank.

Dem gegenüber erlaube ich mir darauf zu verweisen, daß bei der Bewilligung der gemeinsamen Ausgaben Ungarn das gleiche Recht hat wie Österreich, daß die Delegationen, die österreichische wie die ungarische, gleich stark sind.

Man würde es nahezu nicht für möglich halten, daß die Bevölkerung Österreichs eine derartige Belastung zu Gunsten Ungarns zu ertragen vermöchte. Daß eine derartige Belastung ihr aufgehalst wurde, daran liegt die Schuld an unserem Parlament.

Das Abgeordnetenhaus wäre berufen, die Volksinteressen zu schützen. Nun aber, meine verehrten Herren, wenn ich nicht sofort von dem jetzigen Zustande, in dem das Parlament sich befindet, spreche, sondern vor dem vor zehn oder fünfzehn Jahren, so wird jeder wissen, daß unser Parlament selbst zu Zeiten seiner größten Arbeitsfähigkeit nur eine Abstimmungsmaschine für die Forderungen der Regierungen war. Bei den vielen Nationalitäten, die im Abgeordnetenhaus vertreten sind, war es der Regierung immer ein leichtes, auf Grund nationaler Zugeständnisse, Konzessionen und Verheißungen eine Majorität für ihre Pläne zu bekommen. Ich verweise darauf, daß die Regierung Badeni, um eine Majorität für den Österreich so schädlichen Ausgleich zu bekommen, im Jahre 1897 die bekannten Sprachenverordnungen erlassen hat.

Eine Zeitlang ist es in Österreich mit dem Auspielen der einen Nationalität gegen die andere gegangen. Es mußte sich aber naturgemäß aus diesem

Mißbrauche der nationalen Bestrebungen ein immer schärferer Kampf der Nationalitäten gegeneinander entwickeln, der zum Schlusse den Stillstand des ganzen Parlaments herbeigeführt hat. Erst haben die Tschechen zur Obstruktion gegriffen, dann die Deutschen (Abgeordneter Dr. Ploj: „Umgekehrt!“ — Abg. Walz: „Er hat schon recht!“), dann wieder die Tschechen. Nun, damit wollten sie eine PreSSION auf die Regierung ausüben, ihren nationalen Forderungen zu entsprechen. In einem Staate aber, wo die Verfassung einen § 14 des Staatsgrundgesetzes kennt, nach welchem man alles bewilligen kann ohne Parlament, in einem solchen Staate ist nach meiner Überzeugung die Obstruktion ein Schnitt ins eigene Fleisch. Gerade die letzte Periode hat uns gezeigt, was man durch die Obstruktion von der Regierung zu erreichen vermag. Wir haben ja im österreichischen Parlament bereits einen Stoß von § 14-Verordnungen, mit denen die Staatserfordernisse erledigt wurden. Wie hat sie das Parlament erledigt? Die meisten wurden einfach unter den Tisch geworfen. Bei uns gab es nie die Rivalität zwischen Krone und Parlament, die wir in anderen Ländern finden. Ein solcher Kampf war bei uns nie möglich infolge der Zustände, die sich bei uns nach und nach im Parlamente eingebürgert haben. Wir können höchstens in unserem Parlamente immer wieder hören, daß eine Nation die andere des Hochverrates denunziert. Der Deutsche wirft den Tschechen vor, daß sie nach Rußland gravitieren, und der Tscheche den Deutschen, daß sie nach Deutschland gravitieren; eine Tatsache, die nicht übersehen werden darf, ist die, daß in jeder Nation Bestrebungen herrschen und wirken, die sich nicht nach dem richten, in Österreich ihr Heimatland, den Staat zu finden, in dem sie glauben, am besten leben zu können, sondern Bestrebungen, die darauf abzielen, von Österreich, von diesem Staate loszukommen.

Meine verehrten Herren, es ließe sich darüber reden, wenn die Sache so einfach wäre; ich gestehe ganz offen, daß, wenn Sie die deutschen Arbeiter fragen, ob sie etwas dagegen hätten, wenn die deutschen Teile Österreichs zu Deutschland kämen, eine bejahende Antwort bekämen. Diese Losfagung wäre nun ja recht schön, aber daran knüpft sich die Frage, wie man loskommt; und das ist denn doch etwas schwieriger. Wenn wir uns die Sachlage genau überlegen, kommen wir zur Überzeugung, daß uns nichts übrig bleibt, als dort zu bleiben, wo wir sind; und wenn wir dort bleiben müssen, tritt die Notwendigkeit ein, sich es in dem Staate, in dem man nun einmal zu sein verurteilt ist, so erträglich als möglich zu machen.

Es ist ausgeschlossen, daß unser heutiges Abgeordnetenhaus auch nur entfernt die Kraft aufzubringen vermag, um die Zustände in Österreich so zu gestalten, wie sie wenigstens sein könnten, nicht, daß ich sage, sein sollten. Unser Abgeordnetenhaus bietet ein Bild der Entartung, der Machtlosigkeit, der Hilflosigkeit. Gerade in den letzten Tagen hat sich dieses Bild am deutlichsten gezeigt. Es hat der Ministerpräsident bei der vorletzten Tagung über Verlangen des Abgeordnetenhauses ausgesprochen, daß, sofern sich eine besondere Wendung in Bezug auf die Krise mit Ungarn ergeben sollte, das Abgeordnetenhaus einberufen werde, um ihm Mitteilung zu machen. Das Abgeordnetenhaus wurde auch, wenn auch nur für wenige Tage, einberufen und hat der Ministerpräsident in seiner unverbindlichen Redeart erklärt, was er, wenn die Krise nicht bis zu einem gewissen Termine gelöst ist, zu unternehmen gewillt ist. Man hat annehmen können, daß die Herren Abgeordneten, insbesondere die Parteien, die maßgebend im Abgeordnetenhaus sind, daß die dem Ministerpräsidenten erklären, daß sie sich mit seinen unfassbaren Redensarten nicht zufrieden geben können, sondern daß sie die Bekanntgabe bestimmter Maßregeln verlangen, die die Regierung einzuleiten beabsichtigt. Anstatt dessen, meine Herren, hat diese acht tägige Debatte so recht den Zustand unseres Parlaments aufgezeigt. Die Debatte wurde eingeleitet von einem, den doch alle vernünftigen Menschen für verrückt halten, vom Grafen Sternberg.

Er war der erste Redner, er hat die Debatte eröffnet, und durch acht Tage ist in dem ganzen Abgeordnetenhaus nur eine einzige Rede gehalten worden, die sich auf die Sache selbst, auf die Erklärung des Ministerpräsidenten bezüglich der Maßregeln gegenüber Ungarn bezogen hat, und zwar die Rede des Abg. Lecher. Alle übrigen Redner haben sich mit allem möglichen befaßt, nur nicht mit den Maßregeln gegenüber Ungarn. Der Brünner Volkstag — was da nur irgendwie an Querulen aufgehäuft war, hat sich in dieser Debatte ausgelöst und sie ist entsprechend ihrem Verlaufe wieder geschlossen worden — wieder vom Grafen Sternberg. Ich will dabei bemerken, daß er, um das Schlusswort zu erhalten, zum Generalredner gewählt werden mußte, daß sich eine Mehrheit unter jenen Abgeordneten, die sich zum Worte, zur Debatte gemeldet hatten, gefunden hat, um den Grafen Sternberg zum Generalredner zu wählen. In dieser Sache, der Stellungnahme gegenüber Ungarn, in der es sich um die vitalsten Interessen Österreichs handelt, haben die Christlichsozialen dem Grafen Sternberg ihre Stimmen zum Generalredner ge-

geben, weil er ihnen versprochen hat, gegen die Sozi zu schimpfen. Solche Gesichtspunkte herrschen in unserem Abgeordnetenhaus vor! Es ist ganz ausgeschlossen, zu hoffen, — und ich glaube, gerade nach der letzten Tagung haben selbst auch die größten Optimisten zu hoffen aufgehört — daß das Abgeordnetenhaus, das so beherrscht wird von der nationalen Frage und beherrscht von Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten, daß dieses Abgeordnetenhaus auch nur einigermaßen imstande sein werde, die Interessen Österreichs gerade in der ungarischen Krise zu wahren. Aber nehmen wir an, es würden Wunder geschehen, ein solches müßte geschehen, wenn sich das Abgeordnetenhaus einigen würde. Wenn dann, meine Herren, das Abgeordnetenhaus etwas der Regierung nicht Genehmes beschließt oder beschließen wollte, wenn die Gefahr eines solchen Beschlusses vorhanden wäre, was würde geschehen? Die Regierung hat es stets in der Hand, eine der vielen nationalen Streitfragen, die die Leidenschaften zu entfesseln und alle Gemüter in Erregung zu bringen vermögen, aufzuwerfen, das Abgeordnetenhaus würde sich dann selbst arbeitsunfähig machen. Die Regierung braucht doch nur einen scheinbaren Anlaß, um das Abgeordnetenhaus zu vertagen, wenn sie auch, so wie die Gautsch, sich auf die verfassungsmäßige hinausspielt. Sie kann dann, wie die des Grafen Thun, mit dem § 14 alle unsere gemeinsamen oder nicht gemeinsamen Angelegenheiten erledigen. Freilich hat die Regierung in der letzten Zeit, nachdem die Stillsetzung des Parlaments ihr selbst unangenehm wurde, da man auf Grund des § 14 alles, nur nicht Schulden machen, nur nicht hunderte Millionen für Zwecke des Militarismus bekommen kann, der bekanntlich der Regierung am meisten am Herzen liegt, hat sie angefangen, zu erklären, sie werde trachten, daß es zur Lösung der nationalen Frage komme. Herr v. Körber hat auch dem Parlament ein vollständig ausgearbeitetes Nationalitätengesetz vorgelegt. Und nun, meine Herren, was hat das Parlament mit dem Nationalitätengesetz gemacht. Es hat sich mit diesem Gesetze bisher überhaupt nicht beschäftigt. Und was hat die Regierung getan, die das Gesetz mit der Begründung eingebracht hat, sie sei bestrebt, die Nationalitäten auszuföhnen? Sie hat das Gesetz vollständig im Stiche gelassen und hat an Stelle des Drängens, daß in der Frage wirklich etwas geschieht, sich mit der Versicherung des Wohlwollens gegenüber den streitenden Nationalitäten, wenn sie sich ausföhnen wollen, begnügt. Selbst wenn die Regierung die ernste Absicht hätte, die nationale Frage einer Lösung zuzuföhren, die ich aber nach der Geschichte des österreichi-

schen Parlaments überhaupt bezweifeln muß, wie wollte sie überhaupt bei dem heutigen Stande der Dinge in unserem Abgeordnetenhaus eine Versöhnung der Nationalitäten herbeiführen?

Unser derzeitiges Abgeordnetenhaus ist unfähig, auf dem Gebiete der Regelung der Nationalitätenfrage auch nur irgend etwas zu unternehmen. Wir wissen, daß die kleinste nationale Frage alle Leidenschaften in unserem Abgeordnetenhaus aufwühlt, während die Lebensfragen des Staates und Volkes auf Gleichgiltigkeit stoßen. Meine Herren, ich wette, daß unter den 425 Abgeordneten, die das Abgeordnetenhaus zählt, keine 200 sind, die von der Ausgleichsfrage mehr wissen, als die bloßen Schlagworte aus ihrer Parteiliteratur. (Rufe: „Sehr richtig!“) Es ist keine Kühnheit, zu behaupten, daß unter den 425 Abgeordneten des Abgeordnetenhauses keine 100 sind, die das Programm Körbers über die Altersversorgung gelesen haben (Abg. Frhr. v. Rokitsansky: „Das glaube ich auch!“), daß sie der Frage ein allgemeines Verständnis entgegenbringen, das will ich gar nicht behaupten. Ich verweise darauf, daß die für unsere Volkswirtschaft so hochwichtigen Zollfragen auf einseitige Interessentenvertreter getroffen ist, und daß selbst die Frage, ob der Zolltarif, der doch für Ungarn gemacht wurde, auch dann für Österreich gelten könne, wenn eine weitere Gemeinsamkeit mit Ungarn nicht mehr zustande kommt, daß selbst diese Frage im Abgeordnetenhaus durchaus auf kein Verständnis gestoßen, obwohl es unleugbar ist, daß der Zolltarif eigentlich nur zugeschnitten ist für ungarische Körnermagnaten und Viehjuden. (Heiterkeit.) Ein Beweis, wie wenig unser Parlament sich seiner Rechte bewußt ist und zu wahren vermag, ist auch, daß es sein oberstes Recht, das Budgetrecht, seit 8 Jahren eigentlich nicht mehr ausgeübt hat. Die einzige Tat, zu der das Parlament innerhalb 8 Jahren sich aufgerafft hat, ist die saloppe Bewilligung der Anzahl von Millionen für Bahnbauten und Wasserstraßen. (Abg. Frhr. v. Rokitsansky: „Für Steiermark?“) Nein! Gerade die jüngst zur Verhandlung gekommenen Nachtragskredite für die Alpenbahnen haben bewiesen, mit welcher Aufmerksamkeit die Eisenbahnvorlagen von der Regierung Körber behandelt und vom Parlament geprüft wurden. Ebenso kommt immer mehr in Vorschein, daß die Wasserstraßen überhaupt zum größten Teile nicht ausgeführt werden können. Das beweist doch, wie ernst im Abgeordnetenhaus gearbeitet wird. Die Regierung hat die für Österreich bedeutsamen Vorlagen, die für uns mit großen Opfern und schweren Folgen verbunden sind, in das Parlament hineingeworfen, um es lebensfähig zu machen. Es ist ihr dann gelungen, daran

schließend eine Vermehrung der Rekruten bewilligt zu erhalten. Man hat sie mit dem Hinweis bewilligt, daß bei der Befreiung von den Waffenübungen, besonders der landwirtschaftlichen Bevölkerung, das weitgehendste Entgegenkommen zugesagt worden sei, und daß Urlauber, wenn sie keine Kleider haben, bei ihrer Beurlaubung mit alten Monturstücken beteuert werden. Daher kommt die Behauptung, daß die Rekrutenvermehrung für alte Hosen bewilligt wurde.

Meine Herren! Für ein paar Enthebungen von der Waffenübung 66.000 Mann mehr zum Militär stecken, das ist, glaube ich, doch ein schlechter Handel. Dabei möchte ich darauf verweisen, daß gerade hier sich gezeigt hat, wie entgegenkommend sich die Regierung gegenüber dem Verlangen der landwirtschaftlichen Besitzer stellte, die ihre Leute von den Waffenübungen befreit haben wollten. Ich kann Fälle aufzählen, wo sich Leute nicht nur an die Behörden gewendet haben wegen Befreiung von Waffenübungen, sondern, wo ich selbst interveniert habe wegen solcher Befreiungen und ich selbst bei den höheren Behörden dargetan habe, wie notwendig es ist, daß in einem Falle ein Knecht, in dem anderen der Sohn bei der Wirtschaft bleibt. Trotzdem wurden die Ansuchen abgewiesen. Das ist die beste Illustration für das, daß sie immer behaupten, daß sie für die Bewilligung der Vermehrung der Rekruten etwas erreicht hätten. Das Schönste war, daß gerade auch diese Tat des Patriotismus, dem Kaiser zum Frühstückskaffee die bewilligten Rekruten zu servieren, nichts anderes war als eine Blamage für das Abgeordnetenhaus, weil in Ungarn die Vermehrung der Rekruten nicht bewilligt wurde, die Bewilligung deshalb illusorisch war. Mit Hinblick auf diese Tatsachen ist es kein Wunder, daß sich der Bevölkerung, wie ich bereits sagte, eine bedeutende Animosität gegenüber dem jetzigen Parlamente bemächtigt hat. Unser Parlament ist heute nur mehr ein Gegenstand des Spottes in den breiten Schichten der Bevölkerung. Sie, meine Herren, wissen ja alle, da Sie auch zum Teile Reichsratsabgeordnete sind, daß es bei den Wahlen zumeist nur mehr geht, mit rein lokalen Fragen die Gemüter in Bewegung zu bringen, die Leute dazu zu bringen, daß sie zur Wahl gehen. Wenn Sie aber mit großen Fragen in den Wahlkampf treten, daß diese auf kein weiteres Verständnis stoßen. Es glaubt überhaupt nahezu niemand daran, daß große Fragen bei der heutigen Gestaltung des Parlaments in Österreich überhaupt eine Lösung finden können. Es ist offenkundige Tatsache, daß im politischen Leben das Niveau ein immer tieferes wird; wir wissen, daß die Demagogie, jedem alles zu versprechen, gleichviel, ob man es halten kann

oder nicht, heute ausschlaggebend ist im politischen Leben. Der Abgeordnete, der eigentlich der Vertreter des Volkes sein soll — seien wir offen —, ist heute nicht mehr viel anderes, als der Dienstmann einiger einflussreicher Wähler. (Rufe: „Sehr richtig!“) Unser Abgeordnetenhaus vermag nur Aufmerksamkeit zu erwecken durch seinen Stein, Sternberg und Freßl. Das sehen wir außerhalb des Abgeordnetenhauses und innerhalb desselben. Wie der Abg. Lecher seine wirklich ausgezeichnete Rede gegenüber der Erklärung des Ministerpräsidenten Gautsch gehalten hat, hatte er nur einen ganz kleinen Zuhörerkreis. Wie aber der Abg. Graf Sternberg seine verrückten Reden voll der Widersprüche gehalten hat (Ruf: „Kognak-Reden!“) — die, wenn man in Betracht zieht, daß er als Graf eine besondere Bildung besitzen soll, ordinär genannt werden müssen, hörte das ganze Haus zu. (Abg. Schoiswohl: „Sie waren auch dabei und haben zugehört, wie der Graf Sternberg gesprochen hat!“) Ich konstatiere diesem Zwischenruf gegenüber, daß ich ein einzigesmal bei einer Rede des Grafen Sternberg anwesend war, weil ich glaubte, die Pflicht zu haben, selbst zu beurteilen, ob der Mensch verrückt oder gescheit ist, und daß ich mich aber weiter mit dem Grafen Sternberg nicht abgegeben habe. (Abg. Schoiswohl macht einen unverständlichen Zwischenruf.) Ich glaube, daß der geehrte Herr Abg. Schoiswohl da wieder einmal daneben gegriffen hat, wie schon so oft. Er hat ihn ja auch zum Generalredner gewählt. (Abg. Dr. Schacherl: „Er ist ein würdiger Vertreter.“) Und, meine Herren, wenn Sie nach einer Sitzung, in der Stein, Freßl, Kofač und Sternberg gewütet haben, am nächsten Morgen in ein Kaffeehaus gehen und das Publikum beim Zeitungslernen beobachten, so werden Sie finden, daß bedeutendere Reden, die wirklich bemerkenswert sind, nicht gelesen werden, sondern daß das Publikum den Skandal liebt. Diese Erkenntnis ist aber nicht bei unserer, der sozialdemokratischen Partei, allein zu finden, sondern ich glaube mit vollem Rechte behaupten zu können, diese Erkenntnis ist allen übrigen Abgeordneten eigen. Erst in jüngster Zeit hat einer der besten Abgeordneten, einer der kundigsten, dessen Wissen gerade in Staatsfragen zu bewundern ist, der Herr Abg. Lecher, im mährischen „Volksboten“ erklärt, daß es überhaupt nahezu unerträglich sei, in Österreich Abgeordneter zu sein.

Er schreibt, gestatten Sie mir, daß ich diese gewiß bemerkenswerte Stelle Ihnen mitteile:

„Die Wahl zum Abgeordneten als ein Vertrauensvotum der Wähler ist eine nicht hoch genug zu stellende Ehre. Aber es ist keine Ehre mehr, es ist geradezu ein

Martyrium, Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses zu sein. Die Bürgerkrone ist zur Dornenkrone geworden.“

Er setzt voraus, daß jeder Abgeordnete den ernststen Willen hat, seinem Volke zu helfen, und sagt dann weiter: „Die Erkenntnis, daß dies auf dem bisherigen Wege absolut unmöglich ist (Abg. Walz: „Sehr richtig!“), bildet die Quelle einer tiefgehenden Unzufriedenheit des österreichischen Abgeordneten mit seiner eigenen Rolle. Der Unterschied zwischen dem, was er nach dem Gesetze sein soll und was er in Wirklichkeit ist, zwischen dem, was er nach seiner Überzeugung leisten soll und was er in Wirklichkeit leisten kann, ist ein so gewaltiger, daß das Bewußtsein dieses Unterschiedes jeden österreichischen Parlamentarier kränkt und besaftet.“

Die innere Unwahrheit der Stellung des österreichischen Parlamentariers ist für diesen auf die Dauer persönlich unerträglich.“

Er stellt dann die Frage, ob es nicht anders ginge, indem er fragt:

„Ist unser armes Vaterland nicht fähig, politische Arbeit zu leisten, oder ist es nicht fähig, jene Aufgaben, welche die moderne Zeit unerbittlich stellt, auf parlamentarischem Wege zu erfüllen, dann erübrigt nichts, als den Bankerott des österreichischen Parlamentarismus offen einzubekennen und die Bevölkerung nicht weiter mit Wahlen und dergleichen zu bemühen.“

Er kommt zum Schluß, daß es mit dem heutigen Parlament nicht geht, sondern daß ein anderes Parlament an die Stelle des heutigen gesetzt werden muß, und zwar durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Das, was ich bis nun angeführt habe, sind Gründe so einleuchtender Natur, daß eine Widerlegung derselben selbst den findigsten und kundigsten Freunden des derzeitigen Parlamentarismus nicht leicht möglich sein wird. Ich glaube aber, es ist auch notwendig, zur Begründung meines Antrages auf die Ungerechtigkeit, die an der Bevölkerung durch die heutige Wahlgesetzgebung geübt wird, zu verweisen.

Unser Abgeordnetenhaus besteht aus 425 Abgeordneten. Von diesen 425 Abgeordneten wählt der landläufige Großgrundbesitz 85, er zählt 5431 Wähler; die Handels- und Gewerbe-Kammern wählen 21 Abgeordnete, sie zählen 556 Wähler; die Städte, Märkte und Industrieorte wählen 118 Abgeordnete, sie zählen schon etwas mehr, nämlich 493.808 Wähler; die Landgemeinden wählen 129 Abgeordnete, sie zählen noch etwas mehr, und zwar 1.585.486 Wähler; die allgemeine Wählerklasse aber, die fünfte Kurie, wählt 72 Abgeordnete und hat 5.422.000 Wähler. Wenn

umgerechnet wird nach den Anteilen der Rechte des so hoch privilegierten Großgrundbesitzes, so ergibt sich, daß ein Großgrundbesitzer 66mal soviel Rechte hat als ein Beamter und Gewerbetreibender, 193mal soviel Rechte hat wie ein Bauer und 1103mal mehr Rechte hat als ein Wähler der fünften Kurie. Nun, meine Herren, glauben Sie nicht, daß dieses schreiende Unrecht auf die breiten Schichten der Bevölkerung, die sich ihrer Interessen, ihrer Macht und der Wichtigkeit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Funktion immer mehr bewußt werden, aufreizend wirken muß? Zu dem Gefühl der gesellschaftlichen Erniedrigung gesellt sich das Bewußtsein der politischen Entrechtung bei den wirtschaftlich Ausgebeuteten, ihre Lage wird noch unerträglicher durch die Erkenntnis, daß sie politisch zu den Hefoten gezählt werden. Da ist es kein Wunder, wenn sich ihrer das Empfinden bemächtigt, das Schiller im „Tell“ so treffend zum Ausdruck bringt, nämlich: „Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last . . .“

Durch die fünfte Kurie ist das Gefühl der Entrechtung nur vorübergehend gemildert worden, um dann mit neuer Kraft hervorzubrechen. Bei der Einführung der fünften Kurie haben gerade die bis damals Wahlrechtslosgewesenen große Hoffnungen auf ihr Wahlrecht gesetzt.

Österreich hat bei den ersten Wahlen in die fünfte Kurie eine Wahlbewegung gesehen wie nie zuvor und Sie, meine Herren, die die Wahlbewegung im Jahre 1897 in Graz kennen gelernt haben, Sie müssen selbst zugestehen, daß alle mit allen Fasern gezittert haben, ob der von ihnen aufgestellte Kandidat, ob der Vertreter ihrer Wahl gewählt werde. Große Erwartungen haben sich an die Wahlen geknüpft und die Enttäuschung war, nachdem die Stürme von 1897 und 1898 im Parlament vorüber waren, umso ärger eingetreten und ist mit der Zeit immer größer geworden. Die Erbitterung gegen die Wahlprivilegien ist jetzt bedeutend mächtiger, als sie vor 1896 war; am meisten aber, und auf das möchte ich besonders aufmerksam machen, bei der intelligenteren Arbeiterschaft, bei den freiheitlichen und fortschrittlichen Elementen. Gerade das Losbrechen des Wahlrechtskampfes jetzt hat gezeigt, daß die große Masse der Bevölkerung nur auf das Signal zum neuerlichen und heftigeren Kampfe als bisher für das gleiche Wahlrecht gewartet hat.

Das Signal wurde nicht gegeben von den Führern der Sozialdemokraten, sondern von den ungarischen Ministern im Auftrage ihres königlichen Herrn, des Kaisers von Österreich. Die ungeheuere, schwer zu zügelnde Leidenschaft, die losgebrochen ist, als unter der

Arbeiterschaft bekannt wurde, daß sich unser Herr Ministerpräsident gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn ausgesprochen hat mit Rücksicht auf die Rückwirkung, welche dieselbe auf Österreich haben könnte, zeigt uns Sozialdemokraten, wie die breiten Volksschichten in der Wahlrechtsfrage fühlen und denken. Ich erkläre offen, daß es unsere Pflicht ist, bei der nun losgebrochenen Bewegung treue, aber auch entschlossene Führer und Förderer zu sein. Einen Teil des Kampfheeres der arbeitenden Bevölkerung hat man bereits gesehen, gesehen, wie schon hingewiesen wurde, in Prag und Brünn. Der weitere Verlauf des Kampfes wird Ihnen aber, wenn es notwendig erscheint, auch anderwärts die Kampfheere ansichtig machen. Wir hoffen, daß die Einsicht jener Faktoren, die in dieser Frage lösend mitwirken können, es nicht notwendig machen werde, daß das Kampfheer auch anderwärts sichtbar werde. In Österreich spricht ohnehin alles für das gleiche Wahlrecht. In Österreich ist die Einführung des gleichen Wahlrechtes nicht bloß vom Standpunkte der Gerechtigkeit notwendig, sondern sie ist auch eine Staatsnotwendigkeit, und wenn Sie die Argumente der Gegner des allgemeinen Wahlrechtes untersuchen, so finden Sie darunter sehr wenige, die sich nicht bereits im Laufe der Zeit als überlebt und abgetan gezeigt hätten. Nach der letzten Abstimmung im Parlament gibt es nicht allzuviel Gründe mehr, die man heute noch gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in das Feld zu führen wagen könnte. Als erster Grund werden die historischen Vorrechte des adeligen Großgrundbesitzes angeführt, als weiterer die Steuerleistung, als dritter die Intelligenz und jetzt auch ein vierter, die Erhaltung des nationalen Besitzstandes.

Nun, meine Herren, bezüglich der Unbegründetheit der Wahlprivilegien glaube ich nicht allzuvielen Worten verlieren zu müssen. Die größten Vorrechte haben, wie die von mir mitgeteilten Ziffern zeigen, die Herren Großgrundbesitzer. Und warum haben sie diese Vorrechte?

Man sagt da, sie seien adelig, hätten eine wichtige Funktion im Staate, seien schon infolge ihrer Vergangenheit dazu berufen, eine besondere Rolle im Staatsleben zu spielen. Dem gegenüber erlaube ich mir, darauf zu verweisen, daß heute dieses Vorrecht für jeden Vermögenden käuflich ist, wenn er ein landtägliches Gut erwirbt, weil das Wahlrecht auf dem Gute haftet. Was ist das aber für ein Vorrecht, was jeder Reichliche erwerben kann? Heute hat es der Adelige und man nennt es historisch. Wie kann man es aber nennen, wenn ein reicher Jude ein landtägliches Gut erwirbt? Ist es dann auch ein historisches Recht? Und, wenn wir uns fragen, welche Funktion, welche soziale, politische und wirtschaftliche

Funktion der Großgrundbesitzer heute hat, ob die danach angetan ist, daß er ein Vorrecht besitzt, so müssen wir das verneinen.

Die heutige Funktion unserer Großgrundbesitzer, unserer obersten, Adelligen, nämlich der Feudal-Herren, ist die Beistellung schlechter Minister (Heiterkeit) und die Funktion des Adels im allgemeinen ist die Beistellung von Protektionskindern für höhere Staatsämter. Damit, glaube ich, läßt sich ein Wahlprivilegium nicht begründen. Wenn aber gar auf die Steuerleistung verwiesen wird, will ich das mit dem Hinweise darauf abtun, daß ja — Sie brauchen nur die Steuerziffern hernehmen, welche die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen leisten — die Industriellen eine größere Steuer zahlen, als wie der Zensus der Herren Großgrundbesitzer für das Wahlrecht in der Großgrundbesitzer-Kurie ist.

Ich will weiter darauf verweisen, daß in der Stadt ja jeder größere Kaufmann ebensoviel Steuer zahlt als viele der Herren Großgrundbesitzer, die das Vorrecht, in der Großgrundbesitzer-Kurie zu wählen, genießen.

Was die Steuerleistung des Großgrundbesitzes im allgemeinen für den Staat anbelangt, ist diese eine äußerst geringe. Der Besitz der Großgrundbesitzer besteht hauptsächlich in Grund und Boden. Die Grundsteuer in Österreich beträgt $53\frac{9}{10}$ Millionen Kronen. Was ist sie gegenüber der Zuckersteuer, die 109 Millionen Kronen beträgt? Die Schnapstrinker in Österreich liefern dem Staate mehr Steuern, als unsere privilegierten Großgrundbesitzer. (Abg. Dr. Schacherl: „Man soll für sie eine eigene Kurie gründen!“) Es ist also kein vernünftiger Grund vorhanden, aus dem sich das Recht ableiten ließe, daß die Großgrundbesitzer 190mal soviel Recht haben als der Bauer und 1100mal soviel Recht als der Arbeiter.

Wenn man aber auf die weiteren privilegierten Kurien übergeht und von der Steuerleistung überhaupt spricht, meine Herren, so will ich doch darauf verweisen, daß gerade jene Schichten der Bevölkerung, die da in Betracht kommen, nicht jene sind, die dem Staate am meisten Steuern leisten. Bei der ländlichen Bevölkerung kommt zum ziemlichen Teil die Grundsteuer in Betracht. Diese ist in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern sie ist gesunken. Sie hat im Jahre 1898 $57\frac{4}{10}$ Millionen Kronen und im Jahre 1905 $53\frac{6}{10}$ Millionen Kronen betragen. Sie ist daher um $3\frac{8}{10}$ Millionen Kronen gesunken, während hingegen die Zuckersteuer um 44 Millionen Kronen seit dem Jahre 1898 gestiegen ist.

Daselbe gilt auch bezüglich des Wahlrechtes in der Städte- und Märktekurie. Die überwiegende Zahl

der Wähler sind da, soweit die Wahlkreise entsprechend eingeteilt sind, die Gewerbetreibenden. Ich habe schon mitgeteilt, daß die Erwerbsteuer nur ganz minimal gestiegen ist, die Zuckersteuer allein ist seit dem Jahre 1898 um das Zehnfache gestiegen von dem, was die Erwerbsteuer gestiegen ist. Nun aber, meine Herren, glaube ich, kann denn doch diese Steuerleistung eine Begründung für ein Privileg nicht bilden. Was ist mit jenen Gewerbetreibenden, die um ein paar Sechserln weniger zahlen, als der Zensus beträgt? Sollen die wegen der paar Sechserln, die sie weniger zahlen, rechtlose Heloten sein? Ich glaube, das zu wollen, wäre unrecht. Allerdings wird gesagt, es sei noch ein anderer Grund dafür, daß diese Steuerzahler ein Vorrecht genießen sollen: sie seien das staaterhaltene Element. Es gibt Leute, die politisch tätig sind, deren ganzes Repertoire ihrer Agitation aber nur darin besteht, daß sie den Leuten einreden, wie staaterhaltend sie sind. Ich will die Frage aufwerfen, was man eigentlich unter staaterhaltend versteht? Ob es staaterhaltender ist, wenn man die Volkshymne singt, oder aber, wenn man die wirtschaftlichen Güter, den Volkswohlstand hebt und das Volk und den Staat stärkt. Es fallen also auch jene Gründe, die für die Aufrechthaltung des Privilegiums in dieser Wählerklasse sprechen, in sich selbst zusammen. Es wird auch gesagt, es käme noch eines hinzu, nämlich die Intelligenz. Nun, meine Herren, ich weiß nicht, was zu begründen vermag, daß man dadurch, daß man vier Gulden direkte Steuer zahlt im Jahre, intelligenter wird. Ich erlaube mir denn doch, daran zu zweifeln. Die Intelligenz ist zum Teile eine natürliche, eine angeborene, zum Teile eine erworbene. Daß sich angeborene Intelligenz auch in allen Schichten der Bevölkerung findet, dafür ist der Beweis wiederholt erbracht worden. Nicht gerade eine kleine Zahl unserer hervorragendsten Männer ist aus den untersten Schichten der Bevölkerung hervorgegangen, und ich glaube, daß Tausende und Abertausende von talentierten Leuten deshalb ihr Talent nicht zu entwickeln vermögen, weil sich niemand findet, der sie als Talente entdeckt, weil sich gerade nicht zufälligerweise ein paar gutherzige Leute finden, die für ihre Ausbildung sorgen. Wenn nun von Intelligenz im allgemeinen gesprochen wird, meine Herren, so gebe ich zu, daß in Städten die Schulen besser sind als in kleinen Landorten, namentlich in Bauerndörfern. Soll ich deshalb, weil diejenigen, die dafür zu sorgen haben, daß die Schulbildung eine allgemeine, eine ausreichende ist, soll ich deshalb, weil diese ihre Pflicht nicht erfüllen, gestraft werden, dadurch, daß ich nicht das gleiche Recht habe wie der andere? Ich kann doch nichts dafür, daß meine Schulbildung

eine geringere ist, als die eines anderen. Es ist ja nicht die Schuld der heute Entrechteten, daß man sich Wissen und Bildung nur aneignen kann, wenn man viel Geld besitzt. Tatsache ist, daß Wissen und Bildung ein Monopol der besitzenden Klasse ist und daß es dem Nichtbesitzenden beim besten Willen und der besten Anlage nicht möglich ist, sich Wissen und Bildung anzueignen. Übrigens ist es eigentümlich, daß man gerade in der Städtekurie von einem Intelligenzensus spricht, wo doch der Habernsammler, der die nötige Steuer zahlt, und der Gelehrte auf eine Stufe gestellt werden. Man verweist noch darauf, daß es eine große Zahl von Analphabeten gibt, denen man das gleiche Wahlrecht nicht geben könne, denn sonst würde diesen vielleicht eine bestimmende Rolle im Staate zufallen. Es ist leicht nachzuweisen, daß es unter den heute bereits in den privilegierten Kurien Wahlberechtigten mehr Analphabeten gibt, als unter jenen, die heute in der allgemeinen Kurie das Wahlrecht genießen und in keiner anderen Kurie das Wahlrecht haben. Durch Einführung des gleichen Wahlrechtes würde sich die Zahl der Analphabeten in nicht besonders ausschlaggebender Weise vermehren. Wenn man sagt, der Mensch muß doch wenigstens — wir haben geheime Abstimmung — seinen Stimmzettel schreiben können, so trifft das vielfach heute nicht zu und wird diese Arbeit heute ja den Wählern meistens erspart.

Aus all dem zeigt es sich, daß man einfach nach Gründen sucht, weil man das gleiche Recht nicht haben will. Einer der Gründe, der in der letzten Zeit besonders von den deutschnationalen Parteien angeführt wird, ist der Schutz der nationalen Minoritäten. Nun meine Herren, darüber glaube ich, würden die Völker Österreichs leicht einig. Wenn Sie die Sprachkarte Österreichs hernehmen, so finden Sie die Sprachgrenzen bunt gefleckt und daß die Nationen dort meist durcheinander gewürfelt sind. Es liegt im Interesse der Slaven sowie der Deutschen, daß ihre Minoritäten geschützt werden; und darüber würde man sich unschwer einigen. Wir empfinden es selbst, wie unangenehm es ist, wenn im Lande und im Staate die Nationalitäten so bunt durcheinander gewürfelt sind, obwohl man uns Sozialdemokraten jedes Empfinden in nationalen Dingen bisher abgesprochen hat. Wir sehen uns an unserer Aufklärungsarbeit gehindert, wo wir auf deutschen Gebieten auf tschechische oder slovenische Einsprengungen und umgekehrt, daß wir auf tschechischen oder slovenischen Gebieten auf deutsche Einsprengungen stoßen. Es hat heute leider niemand ein Rezept, wie man ein national einheitlich geschlossenes Sprachgebiet schaffen könnte. Für den Schutz der nationalen Minoritäten ließe sich aber

sehr leicht ein Modus finden. Etwas anders steht es allerdings in Bezug auf den nationalen Besitzstand, von dem in letzter Zeit besonders stark gesprochen wird. Es ist mir bisher trotz eingehenden Studiums nicht gelungen zu entdecken, was man eigentlich unter dem Schutz des nationalen Besitzstandes versteht. Ich glaube, die Straßentafeln, die Bahnhofsausschriften und Zollquittungen können doch nicht gut darunter verstanden werden. Ich vermute, daß darunter sich verbirgt: der Gebrauch der Sprache in deutschen Gebieten, die Erhaltung der deutschen Sitten und deutschen Kultur u. s. w., weiters aber auch der erhöhte Einfluß auf die Staatsverwaltung infolge höherer Steuerleistungen und des höheren Bildungsniveaus, weil in letzterer Zeit besonders von der Steuerleistung der Deutschen und von höherem Bildungsniveau gesprochen wurde. Ich merke da eine Ähnlichkeit zwischen jenen Gründen, die uns gegenüber ins Treffen geführt werden, wenn wir das gleiche Recht verlangen, mit denen, die von deutscher Seite den übrigen Nationalitäten gegenüber geführt werden. Ich glaube, wenn man die ideale Verbrämung, mit der man die Forderung nach Erhaltung des deutschen Besitzstandes umgibt, beseitigt, so entdeckt man, daß es sich eigentlich um die Vorherrschaft der Deutschen handelt. Ich will mich darüber nicht aussprechen, ob ich für oder gegen die Herrschaft der Deutschen im allgemeinen bin, aber ich kann Ihnen erklären, daß ich mich nicht für die Herrschaft des deutschen Bürgertums zu begeistern vermag, und zwar aus ganz begreiflichen Gründen. Gerade in deutschen Landen fühlt der deutsche Arbeiter die Herrschaft des deutschen Bürgertums, und fragen Sie die großen Massen der Arbeiterschaft nach dem Empfinden gegenüber ihren Stammgenossen, den Unternehmern, so werden Sie die sonderbarsten Auskünfte darüber hören. In einzelnen deutschen Politikern hat sich die Meinung festgesetzt, daß die Deutschen in Österreich die herrschende und führende Nation zu sein haben.

Ich will darüber gar nicht sprechen, ob das sein soll oder nicht. Ich will nur darauf verweisen, daß die Geschichte Österreichs uns zeigt, daß die Deutschen in Österreich seit vielen Jahrzehnten weder die führende noch die herrschende Nation waren, sondern daß die Deutschen in Österreich seit vielen Jahrzehnten stets die Gefoppten waren. Daß sie herrschend werden könnten, ist undenkbar, denn wir haben in Österreich nur 9 Millionen Deutsche, denen 16 Millionen Slaven gegenüberstehen, und da kann denn doch von keiner Beherrschung die Rede sein. Vielmehr muß das Streben nach einem ehrlichen Ausgleich hervortreten. Sie haben erst unlängst über den Kampf, der zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen in nationaler Be-

ziehung geführt wird, eine Abhandlung gelesen, und zwar vom Professor Rauchberg. Und der weist nach, daß seit den 80iger Jahren, seit welcher Zeit mitunter ein blutiger Kampf zwischen Deutschen und Tschechen geführt wird, es nicht möglich war, die Sprachenkarte irgendwie zu verändern. (Abg. Fürst: „Prag allein!“) Er beweist dadurch, wenn auch nicht mit Absicht, daß die heftigen Kämpfe, die eine ungeheure Kraftvergeudung erforderten, erfolglos waren. Es ist eine Tatsache, auf die ich bereits verwiesen habe, daß in Österreich alles, was an Kraft im nationalen Bürgerstum lebt, im nationalen Streit aufgebraucht wird.

Die ganze Terminologie der nationalen Politik, sei es der Deutschen, Slovenen oder Tschechen, ist zugeschnitten auf den nationalen Kampf. Allen übrigen Fragen wird bloß ein nebensächliches Interesse zugewendet, die nationalen Fragen sind das Hauptinteresse. Was das für ein ungeheurer Schaden ist, merken Sie, wenn Sie die ungeheure Entwicklung Deutschlands jener Österreichs gegenüberstellen, dort der Aufschwung und bei uns der immer merkbarer werdende Niedergang.

Wenn es sich nicht um die Herrschaft, sondern um eine gerechte Lösung der nationalen Verhältnisse in Österreich handeln würde, dann, meine Herren, können Sie überzeugt sein, stehen die Sozialdemokraten an Ihrer Seite. Übrigens, und das müssen die nationalen Parteien, sowohl die Tschechen als auch die Deutschen, zugeben, haben Sie kein einheitliches Programm bezüglich der Lösung der nationalen Frage. Wir Sozialdemokraten sind in der glücklichen Lage, ein sowohl von den tschechischen als auch von den deutschen Sozialdemokraten anerkanntes Nationalitätenprogramm zu haben. Allerdings zielt es nicht so, wie das der Jungtschechen, darauf ab, die historischen Rechte des Königreiches Böhmen aufrecht zu erhalten, sondern geht dahin, daß, was in sprachlicher, kultureller und politischer Beziehung zusammengehört, zusammenzufassen, die überlebten historischen Landesgrenzen zu beseitigen und einheitliche nationale Gebiete zu schaffen. Wenn es zu einer derartigen Regelung der Nationalitätenfrage käme, hätten Sie das Recht, von dem deutschen Arbeiter zu verlangen, daß er sein Volkstum vor fremder Herrschaft und Entnationalisierung schütze. Aber heute wird verlangt, daß der deutsche Arbeiter das Recht der Fremdherrschaft der Bürger seiner Nation über andere stützt, und daß er auch das Recht, daß er selbst beherrscht werde, nicht nur anerkennt, sondern festigt und stärkt. Das ist zuviel, das dürfen Sie nicht verlangen; Sie verlangen da von den deutschen Arbeitern eine Leistung, die ihnen unmöglich ist. Es kann doch nicht verlangt werden, daß wir aus den nationalen Gründen,

die Sie anführen, auf unsere Forderung nach Gleichberechtigung verzichten. Nebenbei will ich die Frage aufwerfen, was Sie überhaupt zur Hebung des nationalen Bewußtseins unter der Arbeiterschaft beigetragen haben. Schauen Sie, das Ganze, was der arbeitenden Bevölkerung in den deutschen Gebieten von deutscher Kultur vermittelt wird, ist das ungemein wenige und beschränkte Wissen, das sie in der Volksschule erhält. Alle Schulforderungen, die von Seite der arbeitenden Bevölkerung erhoben werden, werden meist mit dem Hinweis abgetan, daß kein Geld vorhanden sei, obwohl andererseits ungeheure Lasten für den Militarismus bewilligt werden. Gerade die nationalsten Parteien, sowohl die Slaven als die Deutschen, haben sich stets als Feinde der Vereinigungen der Arbeiter gezeigt. Und dennoch kann man sagen, daß, wenn heute eine ziemliche Anzahl von Arbeitern die größten deutschen Dichter, Schiller und Goethe, kennen gelernt hat, dieses nur ihren internationalen Vereinigungen zuzuschreiben ist, in welchen sie ihre Bildung ergänzt haben und ergänzen.

Ich glaube, meine Herren, Sie merken es selbst nicht, daß Sie durch das heutige Wahlrecht zu Menschen gemacht wurden, die nicht mehr vorwärts, sondern rückwärts wollen. Wenn man in wirtschaftlicher Beziehung die Vertreter unserer privilegierten Kurien betrachtet, so sind Sie Zünftler geworden, die nicht mehr eine Sozialisierung, eine Verallgemeinerung des Wohlstandes und Wissens wollen, sondern eine Monopolisierung für beschränkte Schichten Ihrer Rasse. Sie treiben Politik der Vergangenheit, wir treiben eine solche des Fortschrittes, der Zukunft. Wiederholt haben Sie gezeigt, daß Sie die Freiheit verabscheuen, wir lieben sie. Daß Ihre Politik auch imstande ist, die Arbeiterschaft gegen die herrschenden Genossen Ihres Stammes aufzubringen, das steht außer allem Zweifel. Ich glaube, in jedermanns Brust wohnt der Drang zur Freiheit und wenn einer sieht, daß seine Kämpfe nutzlos sind, wenn er sieht, daß das Streben nach freiheitlichen Einrichtungen erfolglos bleibt, so wird sich seiner Seele Verzweiflung bemächtigen, die gerade einer der deutschen Dichter, Schiller, so trefflich in „Wilhelm Tell“ zum Ausdruck gebracht hat. Der Fischer Ruedi im „Tell“ sagt (liest): „Raset, ihr Winde, flammt herab, ihr Blitze, ihr Wolken herstet, gießt herunter Ströme des Himmels und ersäuft das Land!... Ihr Bären, kommt ihr alten Wölfe wieder der großen Wüste, euch gehört das Land! Wer wird hier leben wollen ohne Freiheit?“

Meine Herren! Ich weiß nicht, ob Ihnen, soweit Sie Gegner des gleichen, direkten Wahlrechtes, Gegner

der großen freiheitlichen Entwicklung sind, das Gefühl bekannt ist, das gerade unter den Arbeitern herrscht, die imstande sind, den Kampf bis zur Vernichtung zu führen, wenn es sich um Fragen der Freiheit und des Rechtes handelt. Diese Bestrebungen werden vielfach mit dem Hinweise abgetan, daß in Österreich eine reaktionäre Parlamentsmehrheit zustande käme, wenn das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt werden würde.

Nun, meine Herren, ich weiß nicht, inwieweit diese Angst vor der Reaktion, diese Angst vor der Beschränkung der österreichischen Freiheit ernst ist. Daß die Angst vor den Klerikalen bei Ihnen nicht gar so ernst ist, das erlaube ich mir denn doch zu behaupten mit dem Hinweise, daß in den jüngsten Tagen ein Jubel durch den deutschen Blätterwald gegangen ist, weil die Klerikalen eine Zustimmung zu dem Brünner Volkstage gegeben haben.

Ich bin der Überzeugung, daß der Klerikalismus, gleichviel in welchem Gewande er sich zeigt, daß er immer der gleiche ist, daß er sich nicht ändert, und daß nur Gründe der Opportunität, aber nicht Gründe der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit ihn bewegen können, sich Bestrebungen zuzuwenden, gegenüber denen er sich früher gegnerisch gestellt hat.

Nun, meine Herren, erstens glaube ich nicht, daß der Klerikalismus im österreichischen Abgeordnetenhaus in stärkerer Weise vertreten werden würde durch Einführung des gleichen, direkten Wahlrechtes. Erst in den jüngsten Tagen ist in einer Zeitschrift der Nachweis erbracht worden, daß die freiheitlichen Parteien bei dem gleichen Wahlrechte nichts verlieren würden, aber nehmen wir an, es wäre das momentan der Fall. Die Herrschaft der Reaktion, des Klerikalismus, des Rückschrittes könnte in Österreich nicht zu lange dauern; gerade durch das gleiche Wahlrecht werden Kräfte lebendig, die imstande sind, die Reaktion niederzuringen. Sagen Sie mir doch, wer führt heute gerade, wenn es die deutschen Teile Österreichs betrifft, ernstlich und wirklich mit Energie den Kampf gegen die Reaktion und den Klerikalismus? Ich meine, die Herren der Deutschen Volkspartei nicht. Untersuchen Sie alle Ihr Gewissen, mit wie viel Reden gegen den Klerikalismus Sie daselbe belastet haben; ich glaube, wenn Sie beichten gehen, Sie würden dafür leicht die Absolution erhalten.

Nach all dem glaube ich meinen Antrag ausreichend begründet zu haben; ich stelle besonders am Schlusse meiner Ausführungen an die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei die Bitte, für unseren Antrag, beziehungsweise die Zuweisung desselben an einen Aus-

schuß zu stimmen; Sie mögen dafür stimmen, daß die Arbeiter, und das betrifft ja auch Ihre Stammesgenossen mit, daß die deutschen Arbeiter nicht weiter Heloten bleiben. Gestatten Sie mir aber auch, daß ich Sie auf etwas aufmerksam mache: Es wäre faktisch nicht klug, wenn Sie sich in Gegensatz zu den Forderungen der großen Masse der Arbeiter stellen. Im Abgeordnetenhaus hat die Deutsche Volkspartei zum größeren Teile für die vorliegenden Wahlrechtsanträge gestimmt, allerdings hat ihr Führer in nicht sehr verblümter Weise gegen die Einführung des gleichen Wahlrechtes kurz vor der Abstimmung gesprochen. In welche Gesellschaft ist er da geraten? In keine andere als in die des Dzeduszi... des be—, ich hätte bald gesagt des berühmten, des berühmten Polenhäuptlings. Ich frage Sie, ob Sie glauben, daß diese Gesellschaft bereit sein wird, das Deutschtum in Österreich zu retten? Es ist nicht gut, wenn Sie sich mit der großen Zahl Ihrer Volksgenossen, mit den Arbeitern, in dieser Frage, deren Lösung in Österreich ungemein notwendig ist, in Widerspruch stellen. Ich glaube, es ist nicht unangebracht, darauf zu verweisen, daß es besser ist, wenn die deutschen nationalen Parteien in Österreich sich dieser mächtigen Bewegung nicht entgegenstemmen, wenn sie dafür sorgen, daß das Wahlrecht — es wird und muß gemacht werden — mit ihnen, als gegen sie gemacht wird. Der Arbeiterschaft ist es mit der jetzigen Wahlrechtsbewegung, wie ich mir bereits zu erweisen gestattet habe, vollständig ernst. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, das gleiche Wahlrecht zu erringen, und koste es, was es wolle. Darüber braucht niemand mehr im Zweifel sein. Es wurde in der letzten Zeit wiederholt gesagt, die ganze Aktion sei eine Komödie. Meine Herren, bei uns ist die Forderung nach dem gleichen Wahlrechte keine Komödie, das kann ich Ihnen feierlich versichern, uns ist sie furchtbarer Ernst. Es ist das kein Rühmen und kein Drohen, sondern es entspricht meiner Überzeugung, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes der Geschichte ehernes Muß ist, daß sie nicht hintangehalten werden kann. Deshalb bitte ich Sie für den Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert, dem Reichsrate bei seinem Wiederzusammentritte sofort eine Gesetzesvorlage, betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Reichsrat der vereinigten Königreiche und Länder vorzulegen“

zu stimmen.

In formeller Beziehung beantrage ich, daß dieser Antrag zur weiteren Behandlung dem zu wählenden politischen Ausschusse zugewiesen werde.

Landeshauptmann: Dieser Antrag, wie Beilage Nr. 34 ausweist, ist bisher nur von den Herren Abg. Kessel und Dr. Schacherl eingebracht. Ich habe zuerst die Unterstützungsfrage zu stellen, weil ich über die Zuweisung nur dann abstimmen lassen kann, wenn mindestens sechs Herren diesen Antrag unterstützen. (Der Antrag wird unterstützt. — Lebhafter Beifall auf der Galerie.)

Ich bitte die Herren auf der Galerie, sich vollkommen ruhig zu verhalten. Es ist nicht zulässig, Beifalls- oder Mißfallsäußerungen abzugeben.

Ich werde nun die Zuweisungsfrage stellen und ersuche jene Herren, die den vom Herrn Antragsteller gestellten Antrag, seinen von ihm soeben begründeten Antrag, an den zu wählenden politischen Ausschuß zugewiesen wissen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Wir kommen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung. Die Geschäftsordnung im § 13 sagt (liest):

„Selbständige Anträge einzelner Mitglieder (§ 12c) werden vom Landeshauptmann in der nächsten Sitzung verkündet. In einer späteren Sitzung wird dem Antragsteller eine mündliche, möglichst kurz zu fassende Begründung gestattet, nach welcher die Unterstützungsfrage ohne Zulassung einer Debatte gestellt wird, wenn die Unterstützung nicht bereits schriftlich durch Unterzeichnung des Antrages erfolgt ist. Zur Begründung aller solcher Anträge darf in jeder Sitzung nicht mehr als eine Stunde verwendet werden. Ein Antrag, welcher nicht mindestens von sechs Mitgliedern unterstützt ist, wird hinterlegt.“

Nachdem die Begründung des soeben einem Ausschusse zugewiesenen Antrages wohl weit mehr als eine Stunde in Anspruch genommen hat, bin ich nicht mehr in der Lage, in der heutigen Sitzung noch weitere Zeit zur Begründung selbständiger Anträge in Anspruch zu nehmen und muß die Punkte 2, 3, 4 und 5 von der Tagesordnung absetzen und sofort zu Punkt 6 der Tagesordnung übergehen. Das ist die

Wahl eines aus 15 Mitgliedern bestehenden politischen Ausschusses.

Ich ersuche die Herren, sich mit Stimmzetteln zu versehen, die ich sodann einsammeln lassen werde.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums):

Bei der Wahl in den politischen Ausschuß wurden 51 Stimmzettel abgegeben. Mit 51 Stimmen gewählt erscheinen die Herren Abg. Otto Erber, Dr. Franz Graf, Franz Hagenhofer, Dr. Paul Hofmann von Wellenhof, Dr. Moriz Holl, Johann Kočevár, Dr. Gustav Kokoschinegg, Julius Alfred Freih.

v. Moscon, Dr. Friedrich Ploj, Karl v. Ritter-Zahony, Dr. Michael Schacherl, Michael Schoiswohl, Erzellenz Karl Graf Stürgkh; mit 46 Stimmen Herr Abg. Friedrich Freih. v. Rokitsansky und mit 37 Stimmen Herr Abg. Anton Krebs. Weiters erhielten 13 Stimmen der Herr Abg. Michael Brandl, 2 Stimmen Herr Abg. Heinrich Bastian und 1 Stimme Herr Abg. Leo Jedlacher. Auf 3 Stimmzetteln waren nur 14 Namen verzeichnet. Die erstgenannten 15 Herren sind somit in den politischen Ausschuß gewählt und werde ich die Herren bitten, sich heute nach der Sitzung, eventuell am Dienstag vor der Sitzung zu konstituieren und mir das Resultat dieser Wahl bekanntzugeben, damit ich in der nächsten Sitzung in die Lage komme, das Resultat dieser Wahl bekanntzugeben.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 8 in der Raubergasse in Graz (Seckauerhof)

(Beilage Nr. 21).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Vink:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landesauschusses über die demselben in der II. Session zugewiesenen Petitionen: a) Nr. 68 des Oberlehrers Johann Greiner um Dienstzeiteinrechnung; b) Nr. 161 des Oberlehrers Moiz Puschnigg um Dienstzeiteinrechnung; c) Nr. 69 der Lehrerin Olga Schwagel, geborenen Fabiani, um Dienstzeiteinrechnung; ferner über die in der I. Session zugewiesene Petition d) Nr. 119 des Lehrers Anton Span um Nachsicht einer Dienstesunterbrechung; e) über das Ansuchen des Lehrer-Supplenten Franz Skofic in St. Barbara bei Marburg um eine gnadenweise Pension, und f) über die Eingabe des Bezirksschulrates Mariazell um Erwirkung einer gnadenweisen Pension für den provisorischen Lehrer an der Expositur in Walsstern, Karl Vogner

(Beilage Nr. 22).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-

Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Pink:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Antrag der Abgeordneten Dr. Jurtele und Genossen wegen Subventionierung der slowenischen Studentenküche in Gilli

(Beilage Nr. 23).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Pink:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das ärztliche Personale an der Landes-Irrenanstalt Feldhof

(Beilage Nr. 24).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf

Attems:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Bezüge der Beamten an der Landes-Hufbeschlags- und Tierheilanstalt in Graz

(Beilage Nr. 25).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf

Attems:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des vom steiermärkischen Landtage in der Sitzung vom 9. November 1904 beschlossenen Jagdgesetzentwurfes

(Beilage Nr. 31).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf **Attems:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Während der Sitzung ist mir eine Anzahl von Interpellationen und Anträgen überreicht worden. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, zuerst die Anträge zur Verlesung zu bringen:

Schriftführer **Capra** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch Hagelschlag in den Gemeinden Mitterlobming und Reischstraße heimgesuchten Besitzer.

Hoher Landtag!

Am 23. August l. J. ging über die Gemeinde Mitterlobming und den angrenzenden Teil der Gemeinde Reischstraße ein Hagelwetter nieder, welches mehrere Besitzer schwer schädigte. Mit Rücksicht darauf, daß diesen Besitzern bisher keinerlei Unterstützung zuteil wurde, stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die Resultate der seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft Judenburg bereits gepflogenen Erhebungen einzuholen und für eine entsprechende Unterstützung der betroffenen Besitzer Sorge zu tragen.

2. Se. Erzellenz der Herr Statthalter wird ersucht, sich aus Mitteln des Notstandsfonds an der Linderung der Notlage zu beteiligen.

Graz, am 20. Oktober 1905.

Brandl.

Stieg.
Georg Daniel.
Zedlacher.

Frank.
v. Rokitsansky.
Burger.“

„Antrag

der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Verbauung des Pölsflusses.

Hoher Landtag!

Im vergangenen Winter bildete sich einigemal im Pölsflusse in Möderbrugg ein Eisstoß, welcher jedesmal eine große Gefahr für den Ort bedeutete.

Am 17. Jänner dieses Jahres mußte die Mithilfe der Bauabteilung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Judenburg erbeten und mußte schließlich zur Sprengung mittelst Dynamits die Zufahrt genommen werden. Wäre dies nicht geschehen, so wären die Folgen für die Ortschaft Möderbrugg, ganz besonders aber für die Reichsstraße und die im Zuge derselben über den Pölsfluß führende Brücke ganz unabsehbare gewesen.

Der aus dem Pusterwalde und Bretsteinergraben kommende Eisstoß würde für Möderbrugg ganz ungefährlich sein, wenn der Pölsfluß daselbst entsprechend verbaut würde. Es ist im erwähnten Orte nur eine einzige Stelle, an welcher der Fluß einen scharfen, nahezu rechten Winkel bildet. Hier staut sich das bei wärmerer Bitterung losgehende Eis und bildet eine oft mehrere Meter starke Schichte, welche sich von dieser Stelle einige hundert Meter weiter zurück erstreckt, so daß die oberhalb liegenden Häuser unter Wasser stehen.

Würde diese gefährdete Stelle abgebaut, so würde der Eisstoß ohne jeden Anstand den Ort Möderbrugg passieren.

Die Gefertigten stellen deshalb mit Rücksicht darauf, daß die Kosten dieser Abbauung der Gemeinde Möderbrugg nicht zur Gänze aufgebürdet werden können, den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, an Ort und Stelle über die notwendige Verbauung des Pölsflusses Erhebungen einzuleiten, das bezügliche Projekt mit Berücksichtigung der Kosten auszuarbeiten und Sorge zu tragen, daß diese Verbauung so rasch als möglich zur Durchführung gelangt. Bezüglich der Kosten wird der Landes-Ausschuß beauftragt, für einen entsprechend hohen Beitrag aus Mitteln des Staates, welcher letzterer an dieser Frage mitinteressiert ist, Sorge zu tragen.

Graz, am 21. Oktober 1905.

Brandl.

v. Rokitanaky.

Stieg.

Georg Daniel.

Zedlacher.

Frank.

Burger."

Landeshauptmann (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Ploj, Dr. Furtela und Genossen, betreffend die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die Bezirke Rohitsch und St. Marein bei Erlachstein.

Hoher Landtag!

Wie allgemein bekannt, wurden im Verlaufe des heurigen Sommers verschiedene Ortschaften der Bezirke Rohitsch und St. Marein, namentlich aber Sv. Mohor, Plat, Topole, St. Florian bei Rohitsch, Sv. Trojica pri Slatini, St. Marein Umgebung, Tinsko, Pristova und Brestovec vom Hagelschlage hart betroffen und namentlich die Weingärten, welche von der Bevölkerung unter Aufwendung namhafter Opfer amerikanisiert werden, sehr beschädigt.

Der Schade, der durch den Hagelschlag der Bevölkerung verursacht wurde, ist um so fühlbarer, als die Bevölkerung durch seit einer Reihe von Jahren andauernden Hagelschlägen in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen ungemein bedrückt wurde.

Hilfe tut dringend not.

Die Gefertigten stellen die

Bitte:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, sofort die nötigen Erhebungen zu pflegen und den Betroffenen eine ausgiebige Hilfe zuteil werden zu lassen. Graz, am 21. Oktober 1905.

Dr. Ploj.

Ročevar.

Robič.

Dr. Grašovec.

Dr. Ivan Dečka.

Dr. Furtela."

Diese drei Anträge werden in Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

(liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Johann Gerlig und Genossen an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter, betreffend den Waggonmangel auf der Bahnstrecke Fehring—Friedberg.

In der Oststeiermark war heuer ein gutes Obstjahr, infolgedessen entwickelte sich auch im Herbst ein reger Obsthandel.

Obsthändler kamen aus Deutschland und der Schweiz zc. und kauften das Obst zusammen, um es sodann per Bahn an den Bestimmungsort zuzusenden.

Bei dieser Gelegenheit kam es nicht selten vor, daß die k. k. Staatsbahn-Direktion zu wenig Waggons zur Verfügung gestellt, obwohl von Seite des Händlers solche vorher und zur rechten Zeit bestellt wurden.

Am 18. d. M. wurde auf der Eisenbahnstation Sebersdorf um einen Waggon förmlich gehandelt und mußte Obst auf offenen Waggonen, welche hiezu nicht geeignet sind, verladen werden und vieles blieb unverpackt im Freien, dem Froste ausgesetzt, liegen, wodurch den Händlern ein großer Schaden erwachsen kann.

Nicht nur in Sebersdorf, sondern auch auf anderen Bahnhöfen der Oststeiermark sind solche Fälle vorgekommen.

Abhilfe ist dringend notwendig.

Die Gefertigten erlauben sich daher an Seine Erzellenz die ergebene

Anfrage

zu stellen:

Ist Se. Erzellenz von dem Waggonmangel auf der k. k. Staatsbahn Fehring—Friedberg in Kenntnis und was gedenkt Se. Erzellenz zu tun, um diesem Übelstande abzuhelpen?

Graz, am 21. Oktober 1905.

Johann Gerlig.
Einspinner.
Sutter.

Anton Krebs.
Hautmann.
Drnig.

Erber."

„Interpellation

der Abgeordneten Bošnjak und Genossen an Seine Erzellenz den Herrn Statthalter, betreffend die Subventionierung der gewerblichen Fortbildungsschule in Schönstein.

Bei der von Seite der Kollektivgewerbe-Genossenschaft Schönstein auf den 22. Dezember 1902 anberaumten Sitzung wurde die Gründung einer gewerblichen Fortbildungsschule mit dem Sitze in Schönstein beschlossen und das Statut sowie der Lehrplan einer hohen k. k. Statthalterei vorgelegt.

Im Sinne der von der hohen k. k. Statthalterei beanspruchten Informationen wurde mit mehreren Eingaben sowohl an die k. k. Bezirkshauptmannschaft als auch an die hohe k. k. Statthalterei um mögliche Beschleunigung der Erledigung ersucht, insbesondere aber über Bescheid vom 25. November 1903, Z. 22.025, sämtliche noch ausstehenden Erklärungen vorgelegt und alle gewünschten Auskünfte erteilt.

Die Subventionen wurden, da die Statuten von einer hohen k. k. Statthalterei noch immer nicht begutachtet waren, weder von Seite des Staates noch des Landes, sowie der steierm. Handelskammer ausbezahlt, sodaß die Fortbildungsschule lediglich auf die Unterstützung der Kollektiv-Genossenschaft Schönstein, der Bezirksvertretung Schönstein, der Marktgemeinde Schönstein und der Pojojlilnica in Schönstein angewiesen

war, was zur Folge hatte, daß die Kollektiv-Genossenschaft aus Eigenem sämtliche Abgänge an zugesicherten Unterstützungen voraus bezahlte und dadurch in eine ungünstige materielle Lage gelangt ist.

Über wiederholte Anfragen wurde dem Schulobmanne persönlich mitgeteilt, daß lediglich Erhebungen durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft Windisch-Graz noch ausständig seien, der Bewilligung der Statuten aber mit März heurigen Jahres nichts mehr im Wege stehe.

Die Schule wird derzeit von mehr als 20 Lehrlingen besucht, der Unterricht in einer Vorbereitungs-klasse und I. Klasse von den beiden definitiven Lehrern Johann Koropec und Johann Lukmann, beide in Schönstein, erteilt, wofür dieselben je K 280.— Remuneration zugesichert erhielten.

Das Präliminare pro 1904 zeigt:

Für Einrichtungskosten	K 1440.—
„ Schulleitung	„ 100.—
„ die beiden Lehrer	„ 560.—
„ Lehrmittel	„ 200.—
„ Drucksorten und sonstige Regie	„ 80.—
„ Beheizung und Reinigung	„ 60.—
zusammen	K 2640.—

welchem Betrage der Erhaltungsbeitrag

der Gemeinde mit	K 50.—
„ Pojojlilnica mit	„ 150.—
„ Bezirksvertretung mit	„ 50.—
zusammen	K 250.—

gegenübersteht.

Mit Eingabe vom 16. November 1903 wurde ein hoher Landes-Ausschuß, gleichzeitig auch die steierm. Handels- und Gewerbekammer um eine ständige Unterstützung ersucht; beide Körperschaften haben jedoch bis heute mit Rücksicht darauf, daß eine Staatsunterstützung noch nicht zugesichert erscheint und die Statuten noch nicht genehmigt sind, eine Unterstützung noch nicht zugesichert.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Erzellenz den Herrn Statthalter die

Anfrage:

Ist derselbe geneigt, die fraglichen Statuten ehestens zu genehmigen, damit die betreffenden Subventionen endlich zur Anweisung und Auszahlung gelangen können?

Graz, am 21. Oktober 1905.

Dr. Ivan Dečka.

Bošnjak.

Roš.

Kobič.

Dr. Furtela.

Dr. Ploj.

Dr. Grašovec."

Diese beiden Interpellationen sind gehörig gezeichnet,

und ich werde die Ehre haben, sie an Seine Excellenz den Herrn Statthalter zu leiten.

Es liegt aber auch noch eine Anzahl von Interpellationen an den Landes-Ausschuß vor und ich bitte den Herrn Schriftführer, wieder einen Teil zu verlesen.

Schriftführer Capra (liest):

„Interpellation

der Landtagsabgeordneten Rokitanaky, Daniel und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Rainachregulierung.

Zu jenen Flüssen und Bächen Steiermarks, welche jahraus jahrein den angrenzenden Grundbesitzern und Gemeinden, sowie den an ihrem Wasserlaufe befindlichen Werken schweren, oft irreparablen Schaden bereiten, gehört vor allem die Rainach. Vergeblich sind die Klagen und Beschwerden der interessierten Personen und Körperschaften, nur stückweise und in einem wehren Schnecken-tempo werden die sogenannten Regulierungen und Verbauungen vorgenommen und ungehört und unbeachtet von der höheren Weisheit der betreffenden Landesorgane verhallen die auf Grund praktischer Erfahrung seitens ernst zu nehmender Männer gemachten Vorstellungen über die Unzweckmäßigkeit gewisser Maßnahmen und Arbeiten. Dem Fremden, der die von der Rainach durchzogenen Gegenden — insbesondere von Lannach flußabwärts — durchwandert, muß sich die Überzeugung aufdrängen, daß er sich in einer verlassenen Provinz des asiatischen Rußland befindet, und nur mit Unglauben wird er die Belehrung annehmen, daß dieses in verwilderten Krümmungen dahinfließende, bei Hochwasser fruchtbaren Boden vermurend, ganze Grundstücke weggreißende und vernichtende Gewässer zu jenen Flußläufen des Landes Steiermark zählt, deren Regulierung die betreffenden Landesorgane seit Jahren beschäftigt und den Landessäckel belastet. Hier muß Wandel geschaffen werden! Schon im vorigen Jahre hieß es, es werde im Winter 1904/05 bei Lannach — Lieboch der notwendige Durchstich gemacht werden, allein bis heute ist nichts geschehen und Bezirke und Gemeinden, Bürger und Bauer müssen sich trösten, mit den Worten Bürgers aus „Lenore“: „Geduld! Geduld! wenn's Herz auch bricht“.

Die Interpellanten besitzen aber die Geduld nicht und hulldigen auch nicht der Anschauung, daß rücksichtlich der Rainachregulierung das Wort Goethes, welches er in Bezug auf seine „Iphigenie“ schrieb: „So eine Arbeit wird eigentlich nie fertig!“ Anwendung finden kann. Die Einrisse und Begriffe, welche die Rainach in dem laufenden Jahre gemacht hat, sind derartig, daß eine Hintanhaltung ähnlicher Katastrophen für die

Zukunft unbedingt eintreten muß; oder soll ein Befürworter, wie es in Breitenbach der Fall war, dem das Wildwasser eine sechs Joch große Wiese total vermurt, von derselben den Humus weggeschwemmt und mindestens 1000 m Schotter und Sand auf dieselbe getragen hat sich damit zufrieden geben, daß auf seine Vorstellungen hin durch die politische Behörde eine Schadenerhebung stattfand und als Resultat dieser Schadenerhebung ihm eine Steuerabschreibung von sage 48 Hellern bewilligt wurde, ein Wig allenfalls für den „Simplizissimus“, eine gewöhnliche Fopperei in Wirklichkeit aber!

Die Gefertigten stellen somit an den Landes-Ausschuß die

Anfrage:

Gedenkt der Landes-Ausschuß sich endlich in Sachen der Rainachregulierung zu einer entscheidenden Tat aufzuraffen d. h. jene Maßnahmen zu ergreifen, bzw. jene Vorschläge dem h. Landtage zu unterbreiten, welche eine rasche und einheitliche von richtigen Gesichtspunkten ausgehende Sanierung dieser unhaltbaren Verhältnisse für die nächste Zukunft garantieren?

Graz, am 20. Oktober 1905.

v. Rokitanaky.

Stieg.	Brandl.
Frank.	Georg Daniel.
Bedlacher.	Burger.“

„Interpellation

der Abgeordneten Daniel und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend den Bau der Straße von Frohnleiten nach Passail.

Laut Rechenschaftsberichtes des Landes-Ausschusses für das Jahr 1904, Seite 53, ist sein Erlaß vom 2. November 1904, Z. 41.423, womit dem Bezirks-Ausschusse Frohnleiten der Beschluß des Landtages mitgeteilt wurde, daß der Landes-Ausschuß im Sinne des Erlasses vom 21. April 1904, Z. 8292, eine erschöpfende Berichterstattung betreffs der Kostenkonkurrenz in Sachen des Baues der Straße Frohnleiten—Passail erwartet, unbeantwortet geblieben.

In Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit stellen die Gefertigten die

Anfrage:

1. Ist dem Landes-Ausschusse inzwischen der verlangte Bericht seitens des Bezirks-Ausschusses Frohnleiten zugekommen?

2. Wenn „nein“ was gedenkt der Landes-Ausschuß zu tun, um dem einschlägigen Beschlusse des

Landtages Geltung zu verschaffen und das erwünschte Straßenbauprojekt der Verwirklichung zuzuführen?

Graz, am 21. Oktober 1905.

v. Rokitanzky.	Georg Daniel.
Burger.	Zedlacher.
Stieg.	Brandl."
Frank.	

„Interpellation

der Abgeordneten Zedlacher und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Schutzimpfung gegen den Schweinerotlauf.

In der 21. Sitzung des hohen Landtages vom 29. Oktober 1904 wurde in Bezug auf die Schutzimpfung gegen Rotlauf der Schweine folgender Beschluß gefaßt:

„Der Antrag der Abgeordneten Zedlacher, Brandl und Genossen, wegen Schutzimpfung gegen den Rotlauf der Schweine, Beilage Nr. 138, wird dem Landes-Ausschuße zur möglichsten Berücksichtigung mit dem Auftrage zugewiesen, über den Erfolg dem hohen Landtage in der nächsten Session Bericht zu erstatten.“

Nachdem eine Eingabe des Bezirks-Ausschusses Neumarkt vom 23. August l. J., Z. 188, betreffend die Gewährung einer Subvention zum Ankaufe von Impferum gegen den Rotlauf der Schweine vom Landes-Ausschuße mit Zuschrift vom 31. August l. J., Z. 34.708/II 5773, abschlägig beschieden wurde, sehen sich die Gefertigten veranlaßt, die

Anfrage

zu stellen:

1. Ob und inwieweit der Landes-Ausschuß dem Auftrage des hohen Landtages nachgekommen ist?
2. Ob der Landes-Ausschuß in der Lage ist, über die ganze Aktion Bericht zu erstatten?

Graz, am 21. Oktober 1905.

Burger.	Zedlacher.
Stieg.	v. Rokitanzky.
Frank.	Georg Daniel.
	Brandl."

Landeshauptmann (liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Zedlacher und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Verbauung des Ranten-, Ratsch-, Hinteregg-, Wölz-, Hör- und Olsa-Baches.

In der 26. Sitzung des hohen Landtages vom 6. November 1903 wurde mit Bezug auf die Verbauungsbedürftigkeit des Ranten-, Ratsch-, Hinteregg-,

Wölz-, Hör- und Olsa-Baches im politischen Bezirke Murau folgender Beschluß gefaßt:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die Erhebungen in Bezug auf die genannten Wildbäche einzuleiten und, da dieselben zum Teile in die Mur einmünden, bei Regulierung derselben die entsprechenden Vorschläge zu erstatten.“

Mit Rücksicht darauf, daß die Verbauung der erwähnten Wildbäche besonders dringlich ist und beispielsweise im Laufe des heurigen Sommers dem Hochwasser im Rantenbache eine Mühle und eine Säge wieder zum Opfer gefallen sind, stellen die Gefertigten folgende

Anfrage:

1. Ist der Landes-Ausschuß dem ihm gewordenen Auftrage des hohen Landtages nachgekommen?
2. Wenn ja, ist der Landes-Ausschuß in der Lage, bezüglich der Verbauung der genannten Wildbäche bestimmte Vorschläge zu erstatten und die eheste Durchführung derselben sicherzustellen?

Graz, am 21. Oktober 1905.

v. Rokitanzky.	Zedlacher.
Burger.	Georg Daniel.
Frank.	Brandl.

Stieg."

Schriftführer **Capra** (liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Stieg und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Regulierung und Verbauung des Ennsflusses von der Espangerbrücke bis Haus.

Die Regulierung und Verbauung des Ennsflusses von der Espangerbrücke bis Haus ist eine dringende Notwendigkeit. Bei Regenzeiten, besonders im Frühjahr, reißt das Hochwasser wertvolle Kulturgründe weg und ist als feststehend zu betrachten, daß die Kosten für die Hintanhaltung dieser Schäden von Jahr zu Jahr größere werden.

Die Gefertigten stellen daher die

Anfrage:

Was gedenkt der Landes-Ausschuß zu unternehmen, daß die Regulierung und Verbauung des Ennsflusses von der obbezeichneten Strecke mit der gebotenen Raschheit durchgeführt wird?

Graz, am 21. Oktober 1905.

Stieg.

Burger.	Zedlacher.
Frank.	v. Rokitanzky.
Brandl.	Georg Daniel."

Landeshauptmann: Diese Interpellationen werden an den Landes-Ausschuß geleitet werden.

Die nächste Sitzung beantrage ich für Dienstag den 24. Oktober 1905, vormittags 11 Uhr; auf die

Tagesordnung

setze ich die von der heutigen Tagesordnung abgesetzten Begründungen, und zwar:

1. Begründung des Antrages der Abgeordneten Johann Krenn und Genossen wegen Subventionierung des oststeirischen Rotfleckviehes (Beilage Nr. 35);

2. Begründung des Antrages der Abgeordneten Wagner und Genossen betreffs Gewährung von Notstandsunterstützungen für die Gemeinden im politischen Bezirke Feldbach (Beilage Nr. 36);

3. Begründung des Antrages der Abgeordneten Schweiger, Holzner, Stöcker und Genossen, betreffend Gewährung einer Notstandsunterstützung für die Gemeinde Tillmitsch im Bezirke Leibnitz (Beilage Nr. 37);

4. Begründung des Antrages der Abgeordneten Huber und Genossen, betreffend Gewährung von Notstandsunterstützungen für Gemeinden in den Bezirken Umgebung Graz und Voitsberg (Beilage Nr. 38);
weilers

5. Begründung des Antrages der Abgeordneten Wastian und Genossen in Betreff der Erwirkung des Öffentlichkeitsrechtes für die Landes-Lehrerinnenbildungsanstalt in Marburg (Beilage Nr. 42);

6. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die neuerliche Erstreckung der dem k. k. Oberingenieur Moritz Kirchsager bei Erteilung des Mautprivilegiums für die von ihm erbaute Savebrücke nächst Trifail gesetzten Frist für die Verkehrsübergabe (Beilage Nr. 26);

7. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Befreiung der in der Stadtgemeinde Pettau ausgeführten

Bauten von der Entrichtung der Gemeindeumlagen auf die Hauszinssteuer (Beilage Nr. 27);

8. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Abtretung eines Grundstreifens aus dem Besitze der Landes-Ackerbauschule Grottenhof an die Gemeinde Eggenberg zu Straßenzwecken (Beilage Nr. 28);

9. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kessel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Abänderung der Landtagswahlordnung zur Verhinderung von Wahlmißbräuchen (Beilage Nr. 29);

10. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Regulierung der Gehalte der Direktoren und Lehrer der Landes-Ackerbauschule Grottenhof und der Landes-Obst- und Weinbauschule in Marburg (Beilage Nr. 30);

11. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, womit grundsätzliche Bestimmungen, betreffend die öffentliche Wasserleitung der Ortsgemeinde Niklasdorf im Gerichtsbezirke Leoben erlassen werden (Beilage Nr. 32);

12. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung der im Jahre 1905 stattgefundenen Ergänzungswahlen von Landtagsabgeordneten (Beilage Nr. 33).

Ist hinsichtlich der Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es meldet sich niemand zum Worte, somit bleibt es dabei.

Ich bin ersucht worden, bekannt zu geben, daß heute nach der Hausitzung eine Sitzung des Gemeinde-Ausschusses stattfindet. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

Ist sonst noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 45 Minuten nachmittags.)